

## Das sind die Ziele der AfD:

Ø Wir sagen NEIN zur rot-rot-grünen Gebietsreform auf Kosten der kommunalen Selbstverwaltung, des ländlichen Raums, der Bürgerbeteiligung und der Demokratie!

Ø Wir sagen JA zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden über die Gebietsreform!

Ø Wir sagen JA zur Verwaltungsmodernisierung, Stärkung des ländlichen Raums und freiwilligen Zusammenschlüssen!



## Alternative für Deutschland Fraktion im Thüringer Landtag

V.i.S.d.P.: Björn Höcke  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Web: [www.afd-thl.de](http://www.afd-thl.de)  
Facebook: [www.facebook.com/afd.thl](http://www.facebook.com/afd.thl)

Ansprechpartner: Jörg Henke, MdL  
Innen- und kommunalpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion  
E-Mail: [buer0@afd-henke.de](mailto:buer0@afd-henke.de) oder  
[anton.friesen@afd-fraktion.thueringen.de](mailto:anton.friesen@afd-fraktion.thueringen.de)

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteiwerbung eingesetzt werden.

Die Angaben in dieser Broschüre wurden sorgfältig recherchiert. Gerne teilen wir Ihnen die benutzten Referenzen und Quellen mit. Setzen Sie sich hierzu bitte mit uns in Verbindung!

Bildnachweis:  
[Kenishirotie/Shutterstock.com](http://Kenishirotie/Shutterstock.com)  
[Melinda Varga/Shutterstock.com](http://Melinda Varga/Shutterstock.com)

**Alternative**  
für  
**Deutschland**

FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

## KEINE Gebietsreform in Thüringen:

Kommunale Selbstverwaltung stärken  
– Demokratie erhalten!

Positionen der AfD-Fraktion im  
Thüringer Landtag zur Funktional-,  
Verwaltungs- und Gebietsreform



**Alternative**  
für  
**Deutschland**

FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

## KEINE Gebietsreform in Thüringen: Kommunale Selbstverwaltung stärken – Demokratie erhalten!



### Die rot-rot-grüne Landesregierung will...

- Zwangsfusionen und damit das Ende der Selbstverwaltung für Gemeinden mit weniger als 6.000 Einwohnern
- Großkreise mit 130.000 – 250.000 Einwohnern
- die Kreisfreiheit für Weimar, Eisenach, Gera und Suhl aufheben. Kreisfrei bleiben nur Erfurt & Jena
- bestehende Verwaltungsgemeinschaften auflösen und die Neubildung und Erweiterung von Verwaltungsgemeinschaften ausschließen
- 155 Mill. EUR „Prämien“ für Gemeindezusammenschlüsse und Entschuldung gewähren. Aus anderen Bundesländern wie Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern weiß man: das reicht hinten und vorne nicht (siehe unten)
- das Aus für das Landesverwaltungsamt. Dessen Aufgaben sollen künftig Behörden und Kommunen zusätzlich übernehmen

### Deshalb sagt die AfD NEIN zu einer Gebietsreform nach rot-rot-grüner Machart:

- **Die behaupteten Einsparungen sind fraglich** – das belegen die Untersuchungen zu den Gebietsreformen etwa in Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen. Es drohen sogar erhebliche Mehrkosten – in Sachsen bis zu 500 Millionen Euro! Eins steht auf jeden Fall fest: bei größeren Verwaltungseinheiten steigen die laufenden Ausgaben
- **Thüringens Bürger zahlen drauf:** Die Kosten für Fahrtwege in Großkreisen steigen für die Bürger; Bürger wie der Mittelstand „zahlen“ auch mit Zeitverlusten bei größeren Verwaltungen, bei denen niemand mehr weiß, wer wofür zuständig ist



- **Entscheidend für die Leistungskraft einer Kommunalverwaltung sind Infrastruktur und Wirtschaftskraft – und nicht Einwohnerzahl und Größe!** Beispiel Landkreis Sömmerda – mit 70.537 Einwohnern einer der kleinsten Landkreise in Thüringen mit überdurchschnittlichen Steuereinnahmen und dem höchsten BIP-Zuwachs aller Kreise in unserem Freistaat!
- **Es droht der Verlust der regionalen Identität in anonymen Einheitsgemeinden und Großkreisen.** Nur wer sich mit seinem Heimatort verbunden fühlt, engagiert sich für ihn. Ohne Verbundenheit weniger Vor-Ort-Engagement – und weniger Lebensqualität!
- **Fehlende Bürgerbeteiligung:** Die Landesregierung verweigert den Bürgern das fundamentale Mitspracherecht beim wichtigsten Vorhaben dieser Wahlperiode!



- **NEIN zu Fremdbestimmung! NEIN zu Bürgerferne statt Bürgernähe!** Die Interessen der selbstständigen kleinen Gemeinden gerade im ländlichen Raum dürfen nicht übergangen werden!
- **Die Abschaffung der Verwaltungsgemeinschaften ist falsch:** Denn sie ermöglichen einen optimalen und kostensparenden Ausgleich zwischen Leistungsfähigkeit, demokratischer Legitimation und dem Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung
- **Die Gebietsreform hebt die kommunale Selbstverwaltung aus.** Die Interessen der ehemals selbstständigen kleinen Gemeinden und ihrer Bürger werden übergangen. Eine Freiwilligkeitsphase für Landkreise und kreisfreie Städte ist gar nicht erst vorgesehen!



### Das sind die Ziele der AfD:

- **Verwaltungsreform:** Thüringen braucht die Modernisierung seiner Landesverwaltung – diese hat im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich viel Personal. So sind schon jetzt erhebliche Einsparungen im Landeshaushalt bei gleichbleibender Arbeitsqualität möglich – etwa mit sieben statt neun Ministerien oder der Schaffung länderübergreifender Behörden, z.B. bei den Landesämtern für Statistik!
- **Freiwilligkeit statt Zwang:** Förderung freiwilliger Zusammenschlüsse von Gemeinden, von Landkreisen sowie von Landkreisen und kreisfreien Städten wie etwa Wartburgkreis und Eisenach. Die AfD-Fraktion hat schon zur Haushaltsberatung 2016/2017 derartige Anträge gestellt
- **Stärkung des ländlichen Raums statt seiner Abwicklung:** Die Infrastruktur im öffentlichen Personen- und Nahverkehr muss modernisiert, Anreize für Ärzteansiedlungen gesetzt werden. Familien muss es erleichtert werden, Wohneigentum zu erwerben. Die AfD-Fraktion hat sich bereits mit einem Fünf-Punkte-Plan für die Stärkung des ländlichen Raums eingesetzt
- **Bürgerbeteiligung:** Die Bürger haben das Recht, über die Gebietsreform mitentscheiden zu dürfen. Die AfD-Fraktion hat bereits einen entsprechenden Gesetzesentwurf eingebracht, der von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde
- **Stärkung statt Abschaffung der Verwaltungsgemeinschaften:** Gemeinsame Aufgabenerledigung ist effizient und effektiv, deshalb finanzielle Förderung der gemeinsamen Aufgabenerledigung in der Verwaltungsgemeinschaft, etwa bei der Trägerschaft für Bauhof, Kita, fürs Bürgerhaus, beim gemeinsamen Beschaffungswesen und der Organisation der örtlichen Feuerwehren und Bauhöfe. Die AfD-Fraktion hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Stärkung der Verwaltungsgemeinschaften eingebracht
- **Richtige Reihenfolge statt richtiges Chaos:** Zuerst kommt eine Funktionalreform (Aufgabenkritik), dann eine Verwaltungsreform und abschließend – und nur falls sie wirklich erforderlich ist – eine Gebietsreform auf freiwilliger Basis. Das ist der richtige Weg aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht.